

Krieg der Generationen? Es gibt keine Generationen!

7. JAN 2015 | JOHANNES GRABBE

ehlende soziale Gerechtigkeit kein Konflikt zwischen Jung und Alt ist. - In den letzten Jahren hat eine Debatte in Deutschland Hochkonjunktur, die einen brisanten Verteilungskonflikt zwischen Jung und Alt unterstellt.

Schon im Jahr 2003 war in der Onlineausgabe der Welt zu lesen: "Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hat sich die Lebenswirklichkeit von Jung und Alt so weit voneinander entfernt. Während die meisten Rentner finanziell abgesichert sind, müssen vor allem Familien mit Kindern jeden Monat kämpfen, um über die Runden zu kommen" (Lachmann 2003).

Die damalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt warnte in diesem Zusammenhang bereits vor einem "Krieg der Generationen" (ebd.) – ein geflügeltes Wort, das in den letzten gut 10 Jahren immer wieder in der öffentlichen Diskussion in sozialpolitischen, insbesondere rentenpolitischen Zusammenhängen zirkuliert. Zuletzt nutzten Jungpolitiker der FDP und der Piratenpartei dieses Schlagwort, um gegen die Pläne der Bundesregierung zur abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren auszuteilen (Neuerer 2014).

Immer mitgedacht und -kommuniziert wird dabei die Alterung der Gesellschaft als Ursache für die vermeintlichen Generationenkonflikte. Aufgrund des demografischen Wandels und der Geburtenschwäche der nachrückenden Jahrgänge wird eine zunehmend ungerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen ausgemacht. Beispielhaft konstatieren Reiner Klingholz und andere in einem Discussion Paper des Berlin-Instituts: "Die politische Frage ist, wie sich die daraus entstehende Belastung innerhalb der Generationen gerecht aufteilen lässt" (Klingholz u.a. 2014).

Was sind überhaupt Generationen und Generationengerechtigkeit?

Der Generationenbegriff ist mehrdeutig, da er je nach Zusammenhang unterschiedlich gefasst ist. In dem oben skizzierten Kontext dient der Generationenbegriff der Abgrenzung von Altersgruppen in der Gesellschaft. "Die Bezeichnung ‚Generation‘ kommt aus dem Lateinischen und meint alle Menschen, die innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts geboren wurden. Der Abstand zwischen den Generationen ist der durchschnittliche Zeitraum zwischen den Geburtsjahren von Großeltern, Eltern und Kindern" (Schneider/Toyka-Seid 2013). Landläufig wird hierunter eine Zeitspanne von 30 Jahren verstanden.

Der Terminus "Generation" findet derzeit inflationäre und plakative Verwendung, oftmals um einzelnen Alterskohorten stereotype Zuschreibungen anzuheften. Während Labels wie "Nachkriegsgeneration" oder "68er-Generation" noch zeithistorische Bezüge herstellen, sollen Begriffspaare wie "Generation @" oder "Generation Y" eine ähnliche soziale Orientierung und Lebensauffassung ausdrücken, wirken aber eher kryptisch und sind somit wenig aussagekräftig. Das inhaltliche Gegenstück zu einem vermeintlichen "Krieg der Generationen" wiederum ist die "Generationengerechtigkeit", die dann erreicht ist, "wenn nachrückende Generationen ihre Bedürfnisse ebenso erfüllen können wie ihre Vorgänger-Generation" (Tremmel 2005). Bei dieser Gerechtigkeit zwischen den Generationen (und ihrer Definitionen) kommt es entscheidend darauf an, wie die Generationen voneinander abgegrenzt werden, weil sich auch die gesamte Bezugsgröße der Generationengerechtigkeit verschiebt. Nach der oben gegebenen Definition von Schneider und Tokya-Seid handelt es sich bei den unterschiedlichen Generationen um Altersgruppen, die gleichzeitig leben. Dementsprechend muss die Gerechtigkeit zwischen diesen Teilgruppen der Gesellschaft eine temporale sein, das heißt: "Gerechtigkeit zwischen jungen, mittelalten und älteren heute lebenden Menschen" (Tremmel 2005). Bei einer weitergehenden, intertemporalen Definition kann eine Generation allerdings auch die gesamte Gruppe der heute lebenden Menschen umfassen, die sich von der Generation, die vorher gelebt hat und bereits verstorben ist, und der Generation, die noch leben wird und noch nicht geboren ist, abgrenzt. Intertemporale Generationengerechtigkeit wird entsprechend definiert als "die Gerechtigkeit zwischen Menschen, die früher lebten, die heute leben und die zukünftig leben werden" (Tremmel 2005).

Konflikte zwischen Generationen

Während intertemporale Generationengerechtigkeit häufig in der ökologischen Nachhaltigkeitsdebatte eine Rolle spielt, werden im bereits zitierten "Krieg der Generationen" in erster Linie temporale Konflikte in den Mittelpunkt gerückt, bei denen die heute lebende, nachrückende Generation die Chancen auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse aufgrund der Lebensweise der ebenfalls heute lebenden, vorangegangenen Generation beeinträchtigt sehen soll. In den Fokus der Betrachtung rücken dabei die Sozialsysteme: "Umlagefinanzierte Sozialsysteme funktionieren nur gut, solange ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Nettozahlern und Nutznießern besteht. [...] In den kommenden Jahrzehnten wird die Zahl jener steigen, die Leistungen aus Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erhalten. Gleichzeitig sinkt die Zahl jener, die den Wohlstand erwirtschaften. Die Sozialsysteme geraten dadurch in Schieflage" (Klingholz u.a. 2014).

Es wird demnach argumentiert, dass das deutsche Umlage- und Sozialversicherungssystem Gefahr laufe, durch den demografischen Wandel ausgehebelt zu werden, da immer weniger junge Menschen die Leistungen für immer mehr ältere Menschen finanzieren müssen.

Diese Argumentation hat einen wahren Kern, zumindest wenn man diversen demografischen Vorausberechnungen Glauben schenken will. Das Statistische Bundesamt berechnet in seinen Prognosen, dass sich der Altenquotient von 27 um die Jahrtausendwende bis auf 67 im Jahr 2060 steigern wird (Statistisches Bundesamt 2009). Das würde bedeuten: Während auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren im Jahr 2000 noch 27 Menschen kamen, die 65 Jahre oder älter waren, werden dies im Jahr 2060 nach diesen Berechnungen 67 Menschen sein. Ob die Betrachtung solcher Prognosezeiträume von 50 Jahren überhaupt sinnvoll ist und die Berechnungen in dieser Form tatsächlich Realität werden, steht sicherlich auf einem anderen Blatt. Eine Grundtendenz zu einer Alterung der Gesellschaft ist gleichwohl nicht zu leugnen. Allerdings bedeutet dies nicht, dass der politische Umgang mit einer alternden Bevölkerung durch solche Zahlenspiele alternativlos vorgezeichnet ist. Und so stellt sich doch die Frage, warum diese Entwicklung und die damit verbundenen Herausforderungen eine Konfliktlinie zwischen verschiedenen Altersgruppen aufbauen sollte.

Einer Antwort auf diese Frage kommt man auch dann nicht näher, wenn man ein wenig tiefer in die zur Verfügung stehende Datenlage einsteigt. Zunächst wird bei der Thematisierung der demografischen Entwicklung oftmals ein Umstand unterschlagen, der die Dramatik doch zumindest ein wenig abschwächt. Logische Konsequenz der niedrigen Geburtenrate ist nicht nur ein steigender Altenquotient, sondern gleichzeitig auch ein niedriger Jugendquotient. Das bedeutet, dass durch den verringerten Jugendquotient beispielsweise über geringere Ausgaben für Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur Ressourcen frei werden, die – zumindest theoretisch – für die "Versorgung" der Älteren eingesetzt werden können.

Demografische Daten, für sich alleine betrachtet, haben zudem eine relativ geringe Aussagekraft. Erst in Zusammenhänge eingebettet lassen sich fundierte Szenarien entwickeln. (Zu wenig Berücksichtigung erfahren dabei Aspekte, die zwar nicht die Alterungstendenzen an sich abschwächen, allerdings ihre Folgen in ein anderes Licht rücken. Bestes Beispiel hierfür ist die positive Entwicklung der Produktivität. In den 20 Jahren zwischen 1991 und 2011 ist die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 34,8 Prozent gestiegen (Statistisches Bundesamt 2012). Selbst wenn der Anstieg der Produktivität zukünftig geringer ausfallen sollte, sollten ausreichend wirtschaftliche Ressourcen vorhanden sein, um die anderen angenommenen Entwicklungen – bei entsprechendem Einsatz der Ressourcen – gestalten zu können.

Dieser Gedankengang spielt allerdings bei der aufgeladenen Diskussion um Generationengerechtigkeit selten eine Rolle, obwohl auch hier die Verteilung der Ressourcen in den Mittelpunkt gerückt wird. Kern der Ungerechtigkeit zwischen den Generationen soll demnach sein: Weil die Älteren vergleichsweise gut sozial abgesichert sind, wird die nachrückende Generation daran gehindert, später selbst gut sozial abgesichert zu sein. Um die Lasten der Sozialsysteme gerecht zu verteilen, müssen – dieser Logik zufolge – also sowohl die Älteren als auch die Jüngeren auf die Realisierung ihrer Bedürfnisse zumindest teilweise verzichten.

Mit der oben genannten Definition der Generationengerechtigkeit ist eine solche Forderung allerdings nicht zu untermauern. Durch die Beitragszahlungen in die Sozialsysteme hat jede Generation einen Beitrag zu der Erfüllung der Bedürfnisse der vorangegangenen Generation geleistet. Daraus ergibt sich die Legitimation für die Erfüllung der eigenen Bedürfnisse im Alter wie beispielsweise eine lebensstandardsichernde Rente, Krankenversorgung und Pflegeleistungen. Wenn sich die vorangegangene Generation überhaupt eines "Fehlverhaltens" schuldig gemacht hat, dann durch die Tatsache, dass sie zu wenige Kinder für die nachrückende Generation geboren hat. Daraus – so ein gängiges Argument – entstehen Lasten, an denen die vorangegangene Generation nun angemessen beteiligt werden soll. Doch sollte dies der Grund sein, warum die vorangegangene

Generation an der Erfüllung ihrer Bedürfnisse gehindert werden soll, muss sich allerdings die nachrückende Generation den Vorwurf gefallen lassen, dass sie sich dieses "Fehlverhaltens" ebenfalls schuldig macht, da die Geburtenziffer seit den 1970ern konstant (zu) niedrig ist. Dieser Gedankengang zeigt schon die Absurdität der aktuellen Diskussion um Generationengerechtigkeit auf.

Die Aushöhlung der Sozialsysteme für beide Generationen muss im Sinne der (Generationen-) Gerechtigkeit vielmehr anders interpretiert werden: Wenn die nachrückende Generation ihre Bedürfnisse im Alter nun ebenso wenig erfüllen können darf wie die vorangegangene Generation, dann ist dies nicht gleich gerecht, sondern vielmehr gleich ungerecht. Es werden also bei der Verteilung der Lasten zwischen den Generationen folglich beide Generationen ungerecht behandelt, da nun keine Generation mehr die Chance auf die Erfüllung ihrer Bedürfnisse erhält.

Konflikte innerhalb einer Generation

Eine Neiddebatte unter dem Titel "Krieg der Generationen" hilft offensichtlich nicht weiter, der Erfüllung der Bedürfnisse aller Generationen näher zu kommen. Es ist davon auszugehen, dass jede Generation, die vorangegangene wie die nachrückende, soziale Absicherung, ein den Lebensstandard sicherndes Rentenniveau, gesundheitliche Versorgung und gute Pflegeleistungen (zu Recht) als eigene notwendige Bedürfnisse definiert, die es – mehr im Sinne der sozialen Gerechtigkeit als der Generationengerechtigkeit – zu erfüllen gilt.

Zurzeit ist vor allem die nachrückende Generation in der Realisierung dieser Bedürfnisse grundlegend bedroht. Die öffentlichkeitswirksame Thematisierung dieser Schieflage der sozialen Gerechtigkeit muss man den "GenerationenkriegerInnen" zu Gute halten. Denn es muss zu Recht skandalisiert werden, dass beispielsweise das Risiko der Altersarmut dramatisch gestiegen ist. Das Rentenniveau wird in Folge der neoliberalen Reformen auf einen Wert fallen, der den Lebensstandard nur noch für Wenige absichert. Zusätzlich zu den Beiträgen im Umlage- und Sozialversicherungssystem wird die nachrückende Generation gleichzeitig mit dem Anspruch konfrontiert, zwingend Kapital (beispielsweise durch einen Riester-Vertrag) zur Eigenvorsorge aufzubauen. Der Generation werden also schon während ihrer Erwerbsphase zusätzliche Ressourcen entzogen. Gleichzeitig ist der Arbeitsmarkt nach wie vor geprägt von Massenarbeitslosigkeit und einer Zunahme von prekären und atypischen Beschäftigungsformen, was die Vorsorge sowohl im Umlagesystem der Sozialversicherung wie auch in der Kapitaldeckung massiv erschwert.

Durch die Lebensarbeitszeitverlängerung und die nach wie vor hohe Belastungssituation im Arbeitsprozess steht es zudem generell um die Beschäftigungs- und Arbeitsfähigkeit dieser Generation schlecht, was somit für viele eine direkte Kürzung der Renten verursacht. Diese Verhältnisse sind in der Tat ungerecht, sie sind sozial ungerecht. Die Ungerechtigkeit liegt aber eben nicht darin, dass die vorangegangene Generation (weitestgehend) noch eine ordentliche soziale Absicherung zur Verfügung hat, sondern sie ergibt sich aus der Tatsache, dass die nachrückende Generation aufgrund verschiedener neoliberaler Reformen diese Sicherheit nicht mehr hat. Es stellt sich die Frage, ob die Konfliktlinien damit wirklich zwischen den Generationen verläuft, es sich also um einen intergenerationellen Konflikt handelt, oder der zentrale Konflikt nicht innerhalb einer Generation besteht und damit intragenerationell ist.

Wenn eine Generation, wie oben vorgeschlagen, als die Gruppe aller heute lebenden Menschen gefasst werden kann, dann gibt es innerhalb dieser Gruppe tatsächlich starke Konflikte. Exemplarisch macht der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf eine eklatante Verteilungsgerechtigkeit aufmerksam: In Deutschland besitzen die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens, während die unteren 50 Prozent nur ein Prozent auf sich vereinigen. Die Tendenz ist dabei eindeutig: Die Schere geht weiter auseinander (BMAS 2013). (Alters-) Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Ausbeutung, Diskriminierung, Ausgrenzung, schlechte Arbeitsbedingungen und viele weitere Missstände sind in unserer Gesellschaft existent und zeichnen intragenerationelle Konfliktlinien in der jetzt lebenden Generation nach. Die Frage bleibt allerdings, ob diese vordringlich zwischen Alterskohorten verlaufen.

Sollte nun das Argument Generationengerechtigkeit genutzt werden – wie bereits in der Vergangenheit geschehen –, um Sozialabbau zu betreiben, verstärken sich die skizzierten intragenerationellen Konfliktlinien. Dass sich dabei die Verteilung der Ressourcen zwischen Alterskohorten verändern mag, ist unerheblich. Entscheidend ist, dass dies insgesamt, über alle Altersgruppen hinweg, die Umverteilung von unten nach oben zur Folge haben wird. Dass diese Prognose zutreffend ist, zeigt die zunehmende Verteilungsgerechtigkeit der letzten Jahre und Jahrzehnte befeuert durch diverse politische Entscheidungen und Reformen.

Fazit: Es gibt keine Generationen!

In Deutschland ist die Forderung nach mehr Gerechtigkeit zunehmend berechtigt. Die soziale Schieflage nimmt zu, die Sozialsysteme sind tatsächlich unter Druck. Die nachrückende Generation wird dies härter zu spüren bekommen als die vorangegangene und dies ist im wahrsten Sinne des Wortes ungerecht. Dass Alterskohorten nun in einem vermeintlichen Krieg der Generationen gegeneinander ausgespielt werden, taugt zwar als Ablenkungsmanöver von den wirklichen Konfliktlagen, doch weder Generationengerechtigkeit noch soziale Gerechtigkeit werden dadurch hergestellt. Statt Sozial- und Rentensysteme für verschiedene Altersgruppen abzubauen und dem neoliberalen Zeitgeist zu opfern, muss es im Interesse aller Generationen liegen, die sozialen Sicherungssysteme für alle Altersgruppen zu schützen und auszubauen.

Dies ist zwar keine neue Erkenntnis, doch kann sie angesichts der aktuellen, aufgeregten Debatten nicht oft genug wiederholt werden. Abschließend sei in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung Friedhelm Hengsbachs aus einem Interview in der Zeitschrift "Stern" verwiesen. Bereits 2003 hat er die Debatte treffend auf den Punkt gebracht, an Aktualität hat sein Zitat bis heute nicht verloren: "Es gibt keine demografische Katastrophe. In einer modernen Arbeitsgesellschaft gibt es keine Generationen. [...] Gerechtigkeit ist kein biologisches Problem. Es ist vielmehr – auch wenn das schrecklich unmodern klingt – das uralte Problem der gerechten Verteilung zwischen Reich und Arm" (Stern 48/2003).

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2013: Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Bonn.

Klingholz, Reiner/Kreuter, Vera/Slupina, Manuel, 2014: Die Zukunft des Generationenvertrags. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Discussion Paper 14.

Lachmann, Günter, 2003: Krieg der Generationen. In: welt.de vom 10.08.2003, abrufbar unter: <http://www.welt.de/print-wams/article99145/Krieg-der-Generationen.html> ; reviewed 28.05.2014.

Neuerer, Dietmar, 2014: Große Koalition zettelt Krieg der Generationen an. In: handelsblatt.de vom 03.04.2014; abrufbar unter <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umstrittenerentenplaene-grosse-koalition-zettelt-krieg-der-generationen-an/9711084.html> , reviewed 28.05.2014.

Schneider, Gerd/ Toyka-Seid, Christiane, 2013: Das junge Politik-Lexikon, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Statistisches Bundesamt, 2009: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Statistisches Bundesamt, 2012: Pressemitteilung Nr. 149. Arbeitsproduktivität in Deutschland seit 1991 um 22,7% gestiegen. Abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/04/PD12_149_811.html , reviewed 09.07.2014.

Stern, 2003: "Schröder will den Starken gefallen, deshalb tritt er kräftig nach unten!" Interview mit Friedhelm Hengsbach im Stern 48/2003, S. 77-82.

Tremmel, Jörg, 2005: Generationengerechtigkeit – Eine Ethik der Zukunft. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/03581.pdf> ; reviewed 28.05.2014.

Johannes Grabbe ist Referent in der Abteilung Vorstand des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/krieg-der-generationen-es-gibt-keine-generationen-1441.html>

PDF erstellt am: 23.09.2021